

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 993

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/2731

Gerechtigkeit und Rechtsfrieden für Altanschießer: Nicht lockerlassen!

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Im Rahmen der Fragestunde des Landtages am 17.12.2020 wurde in der Mündlichen Anfrage Nr. 334 die aktuelle Situation der Altanschießer-Beiträge erörtert. Hierbei wies der Innenminister darauf hin, dass die Landesregierung am Vollstreckungsverbot für nicht gezahlte Beiträge festhält und diesbezüglich per Rundschreiben vom 31.08.2020 alle Aufgabenträger informiert habe. Bezüglich der konkreten Analyse der Gesamtsituation sind bestimmte Nachfragen erforderlich.

Vorbemerkung der Landesregierung: Im Rundschreiben des Ministeriums des Innern und für Kommunales vom 31. August 2020 zu den Nichtannahmebeschlüssen des Bundesverfassungsgerichts vom 29. Juni 2020 (1 BvR 1866/15, 1 BvR 1869/15, 1 BvR 1868/15) und vom 1. Juli 2020 (1 BvR 2838/19) wurde unter anderem noch einmal die Rechtsprechung zur rückwirkenden Anwendung des § 8 Absatz 7 Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg in der seit dem 1. Februar 2004 geltenden Fassung dargestellt. Wie bereits zuvor im Rundschreiben vom 8. März 2016 wurde dabei unter Hinweis auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 11. Februar 2016 (9 B 1.16; 9 B 43.15) darauf hingewiesen, dass für bestandskräftige Bescheide aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 12. November 2015 (1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051) ein Vollstreckungsverbot folgt. Die genannten Rundschreiben sind auf der Homepage des Ministeriums des Innern und für Kommunales abrufbar.

Frage 1: Ist der Inhalt des Rundschreibens richtig verstanden worden, wenn folgendes zusammenfassend festgehalten wird:

- a) Bescheide, auf die hin nicht gezahlt wurde, dürfen nicht mehr vollstreckt werden, und zwar unabhängig davon, ob sie bestandskräftig geworden sind oder nicht. Ist dies korrekt?

zu Frage 1 a): Für die vom Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 12. November 2015 (1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051) erfassten Bescheide gilt Folgendes:

Für bestandskräftige Beitragsbescheide gilt nach der gemäß § 12 Absatz 1 Nummer 6 Buchstabe a des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg i.V.m. § 251 Absatz 2 Satz 1 der Abgabenordnung anwendbaren Vorschrift des § 79 Absatz 2 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes ein Vollstreckungsverbot.

Eine Vollstreckung nicht bestandskräftiger Bescheide kann nicht in Betracht kommen, weil diese aufzuheben und auf sie geleistete Zahlungen zu erstatten sind.

- b) Bei Bescheiden, auf die hin gezahlt wurde, die aber nicht bestandskräftig geworden sind, muss eine Rückzahlung an die Anschlussnehmer erfolgen. Ist dies korrekt?

zu Frage 1 b): Im Rundschreiben des Ministeriums des Innern und für Kommunales vom 31. August 2020 wird dazu unmissverständlich ausgeführt:

„Die von der BVerfG-Entscheidung vom 12. November 2015 betroffenen Aufgabenträger sind bekanntlich nur verpflichtet, die noch nicht bestandskräftig gewordenen Beitragsbescheide aufzuheben und hierauf gezahlte Beiträge zurückzuerstatten.“

- c) Wenn ja, gilt Obiges zumindest für Anschlussnehmer, deren Anschluss vor dem Jahr 2000 erfolgt ist?

zu Frage 1 c): Die Rückzahlungsverpflichtung gilt nur für die vom Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 12. November 2015 tatsächlich erfassten, noch nicht bestandskräftigen Bescheide. Im o.g. Rundschreiben vom 31. August 2020 wird dazu ausgeführt, dass von der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung Beitragsbescheide für Grundstücke, die bereits vor dem 1. Januar 2000 an die öffentliche Wasserver- bzw. Abwasserentsorgungsanlage des jeweiligen Aufgabenträgers angeschlossen oder anschließbar waren, erfasst sein können. Das bedeutet jedoch nicht, dass sämtliche vor dem Jahr 2000 angeschlossene Grundstücke betroffen sind. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat bereits in seinem Urteil vom 11. Februar 2016 (9 B 1.16; 9 B 43.15) dargelegt, welche weiteren Voraussetzungen vorliegen müssen. Eine Kurzdarstellung dazu enthält das Rundschreiben des Ministeriums des Innern und für Kommunales vom 8. März 2016. Im Übrigen ist die Frage, ob ein Beitragsbescheid unter diesen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts fällt oder nicht, noch immer Gegenstand verwaltungsgerichtlicher Auseinandersetzungen. So hat das Bundesverwaltungsgericht zum Beispiel über den Eintritt der so genannten „hypothetischen Festsetzungsverjährung“ bei Änderungen des Verbandsgebietes noch zu entscheiden.

Frage 2: Der Innenminister hat in der besagten Sitzung mitgeteilt, dass es eine Abfrage bei den Aufgabenträgern gegeben habe, ob dem Vollstreckungsverbot Rechnung getragen wird. Diese solle sich auf die Fälle beschränken, in denen die Rechtslage klar ist. Ist sichergestellt, dass diese Formulierung nicht so zu verstehen ist, dass Zweckverbände die Ausrede ins Feld führen können, dass durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 01.07.2020 ja quasi alles unklar sei. Mit anderen Worten: Ist es zutreffend, dass die Zweckverbände sich zumindest unter Berufung auf die BVerfG-Entscheidung vom 01.07.2020 sich dem Vollstreckungsverbot nicht widersetzen können?

zu Frage 2: Die Landesregierung geht davon aus, dass die Frage sich auf den Nichtannahmebeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 1. Juli 2020 (1 BvR 2838/19) bezieht. Mit diesem Nichtannahmebeschluss hat das Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde, die sich gegen die Versagung eines staatshaftungsrechtlichen Anspruchs richtete, nicht zur Entscheidung angenommen. Die Beschwerdeführer begehren im Ergebnis die Rückzahlung eines gezahlten Trinkwasseranschlussbeitrags.

Im Rundschreiben des Ministeriums des Innern und für Kommunales vom 31. August 2020 wurde dazu ausgeführt:

„Der Nichtannahmebeschluss entbindet die Aufgabenträger nicht von der Umsetzung des BVerfG-Beschlusses vom 12. November 2015, insbesondere nicht von der Rückzahlungspflicht für auf noch nicht bestandskräftig gewordene Bescheide gezahlte Beiträge und auch nicht von dem Vollstreckungsverbot für bestandskräftige Bescheide.“

Frage 3: Wie viele Aufgabenträger haben die entsprechende Abfrage des Innenministeriums bereits beantwortet? Welche Erklärungen haben diese bezüglich der Verpflichtung zur Beachtung des Vollstreckungsverbots bzw. (in einigen Fällen) Rückzahlungsgebots gegeben? Mit welchen ~~Ausreden~~ Erklärungen wird die weiterhin erfolgende Vollstreckung bzw. Mahnung gerechtfertigt? Bitte tabellarisch nach Zweckverband (oder Eigenbetrieb) auflisten und hierbei angeben, ob Antwort erfolgt ist, ob Hinweise aus Rundschreiben befolgt werden oder nicht und ggf. warum.

zu Frage 3: In der Mündlichen Anfrage Nr. 334 (Drucksache 7/2555) wurden erneut rechtswidrige Vollstreckungsmaßnahmen durch kommunale Aufgabenträger behauptet. Im Rahmen der mündlichen Beantwortung in der Plenarsitzung am 17. Dezember 2020 wurde auf eine dazu vom Ministerium des Innern und für Kommunales durchgeführte Abfrage hingewiesen. Es handelte sich dabei um eine Abfrage bei den unteren Kommunalaufsichtsbehörden vom 6. März 2019 vor dem Hintergrund wiederholt vom Fragesteller behaupteter, jedoch nicht belegter Verstöße gegen das Vollstreckungsverbot (z.B. Drucksachen 6/10066 und 6/10734). Diese Abfrage ergab, dass auch den unteren Kommunalaufsichtsbehörden keine Anhaltspunkte für rechtswidrige Vollstreckungsmaßnahmen vorlagen.

Frage 4: Was gedenkt die Landesregierung gegenüber den Zweckverbänden zu tun, die weiterhin nicht-gezahlte Beiträge, die sich in Ansehung der BVerfG-Entscheidung vom 12.11.2015 als rechtswidrig erweisen, vollstrecken?

zu Frage 4: Die Landesregierung geht davon aus, dass das für die vom Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 12. November 2015 tatsächlich betroffenen bestandskräftigen Beitragsbescheide geltende Vollstreckungsverbot in der Praxis berücksichtigt wird. Soweit im Einzelfall Zweifel vorliegen, besteht die Möglichkeit, die Rechtmäßigkeit von Vollstreckungsmaßnahmen auf dem Rechtsweg überprüfen zu lassen.

Frage 5: In einigen der obigen Fällen scheuen die Zweckverbände zwar die unmittelbare Vollstreckung, versenden jedoch Mahnungen, in denen unter Berechnung von 5 Jahre rückwärtiger Verzinsung die Zahlung gefordert wird. Dabei wird offenbar darauf gesetzt, dass die Anschlussnehmer pflichtbewusst bezahlen, ohne dass vollstreckt wird. Was gedenkt die Landesregierung gegen diese Praxis zu tun?

zu Frage 5: Die kommunalen Aufgabenträger handeln im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung einschließlich der damit verbundenen Abgabenerhebung im Rahmen der ihnen verfassungsrechtlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung. Der Landesregierung liegen keine belastbaren Erkenntnisse darüber vor, dass von Aufgabenträgern verschickte Mahnungen vom Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 12. November 2015 erfasste rechtswidrige Beitragsbescheide betreffen. Im Übrigen betrifft das Vollstreckungsverbot nach § 79 Absatz 2 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes nur die Durchführung von Vollstreckungsmaßnahmen. Mahnungen fallen nicht darunter (vgl. Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Bautzen vom 12. Januar 2016, Az. 3 B 273/15).

Frage 6: Manche Zweckverbände meinen, sich der Geltung der BVerfG-Entscheidung vom 12.11.2015 mit der Begründung entziehen zu können, dass durch den späteren Beitritt einer kleinen Gemeinde zum großen Verbandsgebiet das fiktive Entstehen eines neuen Verbandes bzw. einer neuen Anlage gegeben sei. Dieses neue „Entstehungsdatum“ liege nach dem Jahr 2004 bzw. dem Jahr 2000, sodass man der Rechtsprechung nicht unterfalle. In der Regel hat sich substantiell am Verband nichts geändert, er begeht sogar öffentlich Jubiläen seines Bestehens mit Bezug auf die tatsächliche Gründung Anfang der 90er Jahre, gegenüber den Anschlussnehmern wird aber ein neuer Verband mit neuem Entstehungsdatum fingiert. Wie bewertet die Landesregierung dieses Vorgehen unter rechtlichen Gesichtspunkten?

zu Frage 6: Auf die Antwort zu Frage 1 c) wird verwiesen.

Frage 7: Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um allen Anschlussnehmern, deren Bescheide sich in Ansehung der BVerfG-Entscheidung vom 12.11.2015 als rechtswidrig erweisen eine Erstattung zukommen zu lassen?

zu Frage 7: Die Landesregierung hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die kommunalen Aufgabenträger im Rahmen kommunaler Selbstverwaltung eigenverantwortlich darüber zu entscheiden haben, ob sie - über die bestehende Rückzahlungsverpflichtung für die vom Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 12. November 2015 betroffenen, noch nicht bestandskräftigen Bescheide hinaus - Anschlussbeiträge erstatten. Sie geht davon aus, dass die Aufgabenträger ihre Entscheidungen über die Vorgehensweise in Bezug auf Beitragsrückzahlungen inzwischen weitgehend getroffen haben und dabei auch die gebührenseitigen Auswirkungen vor Ort berücksichtigt worden sind. Auf die Ausführungen im Rundschreiben vom 31. August 2020 wird hingewiesen.